

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1923

8.11.1923 (No. 308)

Karlsruher Tagblatt

Preis: 50 Pfennig
Anzahl: 300
Verlag: 1923

Abrechnung nach
Grund und Schließjahr:
Grundzahl für die Druck-
kosten: 100,00
Anzahl: 300
Verlag: 1923

Badische Morgenzeitung Mit der Wochenschrift „Die Pyramide“ Badische Morgenpost

„Wirtschafts- und Handelszeitung“ / „Turn- und Sport-Zeitung“ / „Unterhaltungsbeilage“ / „Literaturbeilage“ / „Für die Frauen“ / „Wandern und Reisen“ / „Die Scholle“

120. Jahrg. Donnerstag, den 8. November 1923 Nr. 308

Die Krisis dauert an.

Von unserer Berliner Redaktion wird uns gemeldet:
Der Mittwoch war im Reichstag zahlreichen Fraktionsbesprechungen gewidmet. Dabei hat sich mit größerer Deutlichkeit als bisher erkennen lassen, daß die Deutschnationalen den Eintritt in das bürgerliche Kabinett sehr gerne mitmachen wollen, wenn das Reichsfinanzamt in andere Hände gelegt wird. Im Laufe des Dienstag hat eine Besprechung des Reichstagsabgeordneten Bergt mit dem Reichsfinanzminister stattgefunden, in der der Deutschnationale Fraktionsführer diese Ansicht einer Partei zum Ausdruck brachte. Die parteipolitische „Zeit“ jagt hierzu: „Die Deutschnationalen gehen offenbar davon aus, daß eine Fraktionsabnahme mit dem gegenwärtigen Kabinett nur zum Zweck erfolgen könne, um den Lebergang zu dem von den Deutschnationalen angestrebten außerparlamentarischen Direktorium zu ermöglichen. Es fehlt offenbar noch der Mann, den die Deutschnationalen an der Spitze haben wollen. Es versteht sich von selbst, daß angehöriten der Haltung der Deutschnationalen die Verhandlungen, die von dieser Seite aus versucht werden, von vornherein zur Unfruchtbarkeit und Ergebnislosigkeit verurteilt sind.“
Im Laufe des Mittwoch haben auch in der Reichstagskammer mit einem Vertreter der bayerischen Volkspartei Besprechungen stattgefunden. In diese Besprechung knüpften sich Gerüchte, daß die bayerische Volkspartei in das Rumpfkabinett Stresemann eintreten würde, und daß ein Mitglied der bayerischen Volkspartei zum Reichsfinanzminister auszuwählen sei. Dazu schreibt der Reichstagsabgeordnete: „Die Beteiligung der bayerischen Volkspartei an einem Rumpfkabinett Stresemann würde mit der Haltung der bayerischen Regierung im schroffen Widerspruch stehen. Eine Unterstützung des Kanzlers durch die bayerische Volkspartei würde innerhalb der Partei kein Verständnis finden. Eine Beteiligung der bayerischen Volkspartei an einer Reichsregierung könnte erst nach einer völligen Ausänderung in Berlin in Frage kommen. Wenn es Dr. Stresemann tatsächlich um eine Neuorientierung der Politik zu tun ist, dann wird der Entwicklung dieser Sache nichts im Wege stehen.“
Nichtlich ist es von Interesse, zu wissen, wie die Zentrumspartei sich zu der Krise stellt. Ihr Standpunkt wird von der „Germania“, dem führenden Organ der Zentrumspartei, folgendermaßen dargestellt: „Die Zentrumspartei hat in der Reichstagskammer in zweitägiger eingehender Beratung zur gegenwärtigen Lage Stellung genommen. Das zunächst natürlich ein Wiederankommen der großen Koalition nicht möglich ist, ist einseitige Meinung der Zentrumspartei. Die Zentrumspartei hat sich nur zu entscheiden, ob sie einem verkleinerten Kabinett Stresemann ihre Unterstützung zuschließen ließe. Die Fraktion war der Auffassung, daß die drei bürgerlichen Koalitionsparteien, Deutsche Volkspartei, Demokraten und Zentrum vorerst zusammenbleiben und geschlossen vorgehen sollten. Die Fraktionsleitung des Zentrums ist daher mit den Führern der Demokraten und der Deutschen Volkspartei in Verhandlungen über die weiteren politischen und parlamentarischen Maßnahmen eingetreten. Es soll der Versuch gemacht werden, die Arbeitsgemeinschaft dieser drei genannten Parteien auch zur Unterstützung für ein Rumpfkabinett Stresemann zu schaffen. Ob das angesichts der Haltung der Sozialdemokraten und der Deutschnationalen sowie der Veränderungen innerhalb der Deutschen Volkspartei möglich sein wird, ist allerdings fraglich.“

Die Politik des bayerischen Zentrums.

München, 7. Nov. Auf der nordbayerischen Vertrauensmänner-Konferenz der bayerischen Volkspartei in Bamberg nahmen die Abgeordneten Reich und Feld zu den politischen Fragen der Gegenwart Stellung. Reich äußerte dabei u. a. wenn ein bürgerliches Reichskabinett möglich werde, werde sich die bayerische Volkspartei an der Regierungsbildung beteiligen. Für die bayerische Volkspartei gebe es kein Großvertrauen mehr, sondern nur ein Großvertrauen auf föderalistischer Grundlage. Der Parteiführer Reich kam auf die Treibereien der vaterländischen Verbände zu sprechen. Man vergesse, daß es die vaterländischen Verbände gewesen seien, die die bayerische Volkspartei auf der Wacht gehalten habe, und daß es ohne die bayerische Volkspartei auch keine Reichspolitik gebe. Der Reichner verurteilte weiter scharf den Nationalsozialismus.

Die Politik des bayerischen Zentrums.

München, 7. Nov. (Eig. Drahtber.) Der Reichsausschuß des Landesausschusses der bayerischen Volkspartei, der heute nachmittag unter Anwesenheit des Ministerpräsidenten von Klotz auf Grund der Nachrichten, daß sich Reichstagsminister Dr. Stresemann um eine Unterstützung der bayerischen Volkspartei für die Neubildung seines Kabinetts bemühe, zusammengetreten war, hat einstimmig beschlossen, daß für die bayerische Volkspartei eine Beteiligung

Der englische Konferenzplan.

Frankreich sucht durch schnelle Verhandlungen den Plan zum Scheitern zu bringen.

Paris, 7. Nov. (Drahtber.) Savas berichtet, daß die neuen Instruktionen an den französischen Botschafter in Washington gestern nachmittag abgefaßt wurden. Man schließt daraus, daß die Verhandlungen noch einige Tage andauern werden. Inzwischen werden in Paris Pläne für die Sachverständigenkonferenz ausgearbeitet.

Washington, 7. Nov. (Drahtber.) Nach einer Neuerkundung meint die Regierung der Vereinigten Staaten, daß die Sachverständigenbesprechung die Ruhrbesetzung nicht vermeiden könne, wenn sie einen praktischen Plan aufstellen sollte.

Bekanntlich ist Frankreich unbedingt gegen jede Erörterung der Ruhrfrage.

London, 7. Nov. Die französische Antwort ist bei der englischen Regierung eingegangen. Wie verlautet, schlägt sie vor, daß die Zahlungsfähigkeit Deutschlands die Sachverständigen nur für eine beschränkte Zahl von Jahren unterliegen. Es ist nicht deutlich gesagt, wie lange die Periode sein soll, auf die die Bestimmung der Sachverständigen sich beziehen soll.

Wiederbeginn der Kontrollkommission.

Paris, 11. Nov. Wie der „Temps“ mitteilt, hat die Vorkonferenz nunmehr eine Note an die deutsche Regierung ergeben lassen. Diese Note ist der deutschen Botschaft in Paris übermittelt worden. Sie nimmt Bezug auf die Note der Vorkonferenz vom 8. Oktober, in der der Wunsch ausgesprochen wurde, man möge es der interalliierten Militärkontrollkommission ermöglichen, die Kontrolle wieder aufzunehmen. Die Vorkonferenz drückt die Hoffnung aus, daß die deutsche Regierung bis zum 10. November mitteilen werde, welche Stellung sie zu diesem ermittelten Vorschlag einzunehmen gedenke.

Vor einem neuen Eingriff Frankreichs.

Paris, 7. Nov. (Drahtber.) Savas teilt mit, daß die französische Regierung verfolge aufmerksam die Ereignisse in Deutschland, habe es jedoch bis jetzt nicht für nötig gehalten, sich mit ihren Alliierten zu besprechen, um die Entwicklung der Lage in Deutschland zu prüfen und festzustellen, ob ihrerseits eine Aktion möglich sei.
Der „Matin“ weist in einem offenbar beeinflussten Artikel darauf hin, daß angesichts der Bildung nationalstaatlicher Formationen Frankreich doch seine Stimme erheben und an seine Interessen denken müsse. Angesichts dieser Neuanbestimmung gewinne die Möglichkeit der Rückkehr der früheren Kronprinzen nach Deutschland ein mehr als nebensächliches Interesse.

Nicht Hüft und nicht Gott.

Paris, 7. Nov. (Eig. Drahtber.) Aus offizieller Washingtoner Quelle wird hier mitgeteilt, daß man in der Regierung den Auffassungen, die von Paris erbeten wurden, mit größtem Interesse entgegen sieht, weil sich daraus feststellen lassen wird, welche Einschränkungen Poincaré der Sachverständigenkommission auferlegen will. Ferner ob es möglich sein wird, auf der von Poincaré gewünschten Grundlage das Sachverständigenkomitee zusammenzutreten zu lassen. In Washington erklärt man, daß die Bedingungen des Staatssekretärs Hughes unabänderlich seien, und daß insbesondere die Frage der interalliierten Schulden nicht aufgeworfen würde. Nur eine Einschränkung möge man in Washington zulassen, nämlich daß die Sachverständigen über die Rechtschaffenheit der Ruhrbesetzung sich nicht äußern und auch keine Kritik an den politischen Grundfragen üben wollen, deren Anwendung zur Ruhrbesetzung geführt hat. Aber über die wirtschaftliche Lage im Ruhrgebiet müsse nach Ansicht der Washingtoner Regierung unbedingt gesprochen werden, wenn die Sachverständigen einen praktischen Plan für die Lösung der Reparationsfrage ausarbeiten sollen.

Die französisch-belgischen Kriegsgerichte

Die 4000 Deutsche für Jahre hinter Kerkermauern gebracht haben, haben weder nach dem Versailler Vertrag noch nach der französischen Rechtswissenschaft, noch nach dem Völkerrecht eine Rechtsgrundlage für ihr Vorgehen. Deshalb heraus mit den Gefangenen.

Eine amtliche Hilfsaktion Amerikas.

New York, 7. Nov. (Funkdruck.) Nach einer als wahrscheinlich angesehen, daß der Präsident an einer ausgedehnten Hilfe für die Bevölkerung Deutschlands die amtlichen Kreise. Es wird als wahrscheinlich angesehen, daß der Präsident an dem im Dezember zusammenzutretenden Kongress eine besondere Botschaft richten wird, der ähnliche Maßnahmen vorschlägt, wie sie für die Hilfe in Russland auf der letzten Tagung des Kongresses beschlossen wurden. Damals wurden 25 Millionen Dollars für den Ankauf von Nahrungsmitteln bereitgestellt.

London, 7. Nov. (Drahtber.) Der Washingtoner Berichterstatter der „Times“ berichtet, Präsident Coolidge und seine Ratgeber seien absolut sicher, daß Amerika Deutschland werde helfen müssen, wenn das deutsche Volk in diesem Winter vor dem Hunger gerettet werden soll. Es sei selbstverständlich, daß diese Unterstützung schnell und weisheitsvoll gegeben wird. Die Deutschland geleistete Hilfe dieser Art werde auch eine Hilfe für die Farmer sein. Die politischen Vertreter des Präsidenten hätten diesem gegenüber seit seinem Amtsantritt nichts so sehr betont, als die Notwendigkeit, etwas für die Farmer zu tun. Es sei nicht schwierig, zu sehen, was geschehen würde, wenn sich die Ereignisse in der Richtung bewegen, in der sie sich augenblicklich zu bewegen scheinen. Die amerikanische Regierung würde sich dem Werke der Unterstützung Deutschlands zuwenden müssen. Es sei mehr als wahrscheinlich, daß dies in einem Appell an den Kongress für die sofortige Gewährung von Geldmitteln in geschahen wird und später in einem Appell an die amerikanische Bevölkerung, um einen Fonds zusammenzubringen. Beide Aufrufe würden durch eine Propaganda unterstützt werden, die man sich leicht vorstellen könne. Die allgemeine Wirkung würde sein, daß Frankreich gefühlsmäßig isoliert werde, wie es jetzt politisch isoliert zu sein scheint.

Anrufung des Staatsgerichtshofes durch Sachsen.

Dresden, 7. Nov. Die Nachrichtenstelle der Staatskanzlei teilt mit, daß die sächsische Regierung wegen des Vorgehens der Reichsregierung und des Reichspräsidenten gegen das Ministerium Zeigner, sowie wegen der Amtsenthebung der bisherigen Minister durch den Reichskommissar und des Verbot des Landtagszusammentritts am 30. Oktober die Entscheidung des Staatsgerichtshofes über die Verfassungsmäßigkeit dieser Maßnahmen anrufen hat.
Im Landtag gab gestern Ministerpräsident Hellwig eine Regierungserklärung ab, worin er sagte:
Die Regierung stellt fest, daß bei dem Vorgehen gegen die bisherige sächsische Regierung eine Form zur Anwendung gekommen ist, die mit der Würde einer Landesregierung unvereinbar und für ein Volk in einem parlamentarisch regierten Lande unerträglich ist. Die neue Regierung stellt einen ernsthaften Versuch dar, auf verfassungsmäßig parlamentarischer Grundlage die Amtsenthebung der bisherigen Minister und die ordentliche Regierungsgewalt in Sachsen wieder herzustellen. Bei Besprechung der Regierungserklärung verlas Abgeordneter Wirth (Soz.) eine Erklärung seiner Fraktion, die der Regierung Hellwig das Vertrauen ausdrückt. Die Abgeordneten Bentler (Deutschnat.) und Kauter (Deutsche Volkspartei) betonten im Namen ihrer Fraktionen, daß sie kein Vertrauen zu der jetzigen Regierung hätten und für den Antrag auf Auflösung des Landtages stimmen würden. Der kommunistische Abgeordnete Wötcher, der als Finanzminister dem Kabinett Zeigner angehörte, erklärte, daß auch seine Partei dem Kabinett Hellwig ihr Vertrauen nicht aussprechen könne und für die Auflösung des Landtages stimme. Abgeordneter Dr. Senfter erklärte sich namens der demokratischen Fraktion, die die Auflösung zur Zeit nicht für wünschenswert halte, mit der Regierungserklärung im wesentlichen einverstanden.

Verhaftung eines Gerichtsverweirers.

Berlin, 7. Nov. (Drahtber.) Der Journalist Walter Dehme wurde heute nachmittag auf Anordnung des Befehlshabers des Wehrkreiskommandos 3 aufs neue verhaftet. In dem Dastbesehl wird als Grund der Festnahme Verbreitung unwahrer Nachrichten, in denen der Bürgerkrieg in Deutschland als unmittelbar bevorstehend dargelegt wurde, angegeben, und Dehme als eine Gefahr für die Sicherheit des Reiches bezeichnet.

Staatspräsident Köhler.

Der Badische Landtag ist gestern wieder zusammen getreten. Die Vertreter des badischen Volkes haben, wie es seit der Neuordnung des staatlichen Lebens in Baden üblich ist, den Staatspräsidenten für das Jahr 1924 gewählt. Welch eine Wandlung der Dinge, seit der letzten Wahl im November 1922, als die Wahl auf Minister Kemmele fiel. Zwar war schon damals die Zukunft düster und drohend. Die ersten sicheren Anzeichen des französischen Einbruchs wurden vor einem Jahr deutlich erkennbar. Aber wer hat eine solche entsetzliche Entwicklung geahnt? Und wer hätte zu hoffen gewagt, daß trotz fürchterlicher Not, trotz Streit und Uneinigkeit das deutsche Volk noch als Nation existieren könnte? Und doch ist es so. Noch gibt es ein deutsches Reich, noch gibt es eine deutsche Nation. Und deshalb ist noch nicht alle Hoffnung verloren.

Es gibt wohl niemand in Baden, der nicht zugeben wird, daß unsere Lage geradezu trostlos wäre, wenn das Reich zusammenbräche. Alle Länder am Rhein, und dazu gehört auch Baden, haben das allergrößte Interesse daran, das Reich zu erhalten und wieder zu stärken. Ihre Lage zwingt sie zu dieser Politik. Ihre Reichstreue ist Lebensnotwendigkeit. Wenn in den besetzten Gebieten am Rhein das Gefühl vorherrschend wäre, daß es für die Zukunft besser wäre, sich freiwillig vom Reich zu trennen und sich Frankreichs Wünschen anzupassen, dann würden die Separatisten nicht auf den Widerstand stoßen, den sie heute finden. Das Schicksal des badischen Landes und des badischen Volkes ist aufs engste mit der Entwicklung am Rhein verknüpft. Nicht nach Bayern und nicht nach Württemberg haben wir zu blicken, sondern auf die rheinischen Länder.

Das Schicksal aller dieser Länder ist entschieden, wenn das Reich zerfällt. Was ihr Schicksal und was auch unser Schicksal in Baden dann sein wird, wissen wir. Darum kann es nur ein Ziel für uns Badener geben: Erhaltung des Reiches durch Befestigung des Volkes. Ueber das Ziel herrscht kein Zweifel, aber umso mehr über die Wege. Auch Bayern will gewiß nicht das Reich zerstören, aber ob seine Wege die richtigen sind, wird erst die Zukunft erweisen. Sicher ist jetzt nur eines: fast im ganzen Reich, besonders im Westen und Süden des Reiches, herrscht die Ueberzeugung, daß die Wege, die in den letzten Jahren uns von Berlin aus gewiesen wurden, falsch waren. Dieser Meinung ist man heute auch in Baden, und man ist weiter der Meinung, daß die Wiedergelung eher zu erreichen ist, wenn die einzelnen Länder selbst so weit als möglich nach Mitteln zur Rettung suchen. Aus dieser Ermahnung entspringt offenbar die bayerische Politik. Wenn in Baden die gleiche Ermahnung herrscht, so ist damit nicht gesagt, daß auf uns auch die Methoden Bayerns passen. Nur in einem wird man mit München einig gehen müssen, in dem Wunsch und in der Forderung, daß auch uns hier in Baden Berlin so wenig als möglich dreinredet, wenn wir versuchen, mit den Kräften, die uns noch geblieben sind, uns wieder hoch zu bringen.

Hier steht nun die Politik der Länder ein; sie wird in Zukunft weit größere Bedeutung als bisher erlangen. Das badische Volk die rechten Männer auf dem rechten Platz? Die Zukunft wird darüber das wahre Urteil fällen, die letzte badische Regierung kann jedenfalls mit Recht behaupten, daß es ihr bisher gelungen ist, die Ordnung zu schüben und zu verteidigen. Dem bisherigen Staatspräsidenten Herrn Kemmele ist die Anerkennung nicht zu versagen, daß er als Minister des Innern, dem der Saubere der Ordnung anvertraut ist, bisher auf dem Posten war. Als Staatspräsident hatte er als einer der wichtigsten Aufgaben die Vertretung der badischen Politik bei entscheidenden Beschlüssen der Reichsregierung. Und das Jahr 1923 rückte viele solcher Beschlüsse, die das Schicksal des ganzen deutschen Volkes beeinflussten. Eine ungenügende schwere Verantwortung lastete auf denen, die von amtswegen berufen waren, solche Beschlüsse zu fassen. Aber wir glauben, daß die Verantwortung des neugewählten Staatspräsidenten, des Finanzministers Köhler, noch schwerer wird. Nicht nur weil es jetzt mehr als je Sache der badischen Regierung sein wird, eigene Wege zur Befestigung zu gehen, sondern weil das badische Land in eine Lage geraten kann, in der es ganz auf sich selbst angewiesen ist. Dem neuen Staatspräsidenten werden wahrscheinlich ganz neue Aufgaben zufallen. Wir glauben, daß diesmal die Wahl zur rechten Zeit an den rechten Mann gekommen ist. Herr Köhler hat bis jetzt in vielem eine glückliche Hand gehabt. Und Glück ist heute soviel wert, wo alle Erfahrung vermag. Der Partei, der der neue Staatspräsident angehört, dem Zentrum, ist mit der Wahl eine große Verantwortung zugefallen, denn durch die jetzige Zusammensetzung der Regierung mit den Staatspräsidenten befindet das Zentrum das unbedingte Uebergewicht, weil die Stimme des Staatspräsidenten den Ausschlag gibt. Eigentlich ein bedenklicher Zustand in einem Staat mit einer Koalitionsregierung. Aber vielleicht auch ein Vorteil, in einer Zeit, wo die Tat

alles ist. Denn jetzt heißt es handeln und nicht verhandeln. Wer uns voranbringt, sei gepriesen, ob er politisch rechts, links oder in der Mitte steht.

Die Separatisten in Kaiserslautern.

Kaiserslautern, 7. Nov. (Drahtbericht.) Der Separatistenputsch ist von den Franzosen vorbereitet worden. Die Stütztruppen, die auf den Requisitionsscheinen als Pfalzarmee der Rheinrepublik bezeichnet sind, sind an der pfälzischen Grenze angeammelt worden und wurden Montag nacht eingekiebt. Es liegt die Vermutung nahe, daß es sich um einen Teil jenes Gesinde handelt, das in Naken aus der Stadt verjagt worden ist. Im Laufe des gestrigen Tages haben die Separatisten bedeutende Verstärkungen erhalten. Es mögen jetzt etwa 1000 Mann in Kaiserslautern beheimatet sein. Sie sind alle bewaffnet, und zwar ganz verschiedener Art. Die einen haben Flinten, Jagdgewehre, Revolver, manche haben nur Seitengewehre. Kaiserslautern ist fast in ihrer Hand. Sie haben das Rathaus, das Bezirksamt, die Post und das Gerichtsgebäude besetzt.

Bei der Ausrüstung der Pfalzrepublik gab es eine Gegendemonstration der Bevölkerung. Die Separatisten schossen in die Menge und verwundeten zwei Personen. Aber der Widerstand war nicht sehr groß. Daß sich die Sonderbündler der Stadt so rasch bemächtigen konnten, liegt daran, daß sie von den Franzosen in jeder Weise unterstützt worden sind. Die Franzosen haben den von den Bürgern der Stadt gestellten Selbstschutz aufgelöst und der Polizei verboten, von der Schutzwaffe Gebrauch zu machen. Die politischen Parteien und Gewerkschaften haben auf eine Abwehration verzichtet und verhalten sich abwartend. Im Kreisamt hat der Separatistenführer Heing-Orbis, der bekannte Führer der freien Bauernschaft, seinen Sitz.

Auch in Kirchheimbolanden haben die Separatisten das Bezirksamt besetzt. Sie ziehen weitere Verstärkungen heran und man ist darauf gefaßt, daß sie einen Generalangriff auf die Pfalz vornehmen.

Gestern abend rechnete man mit einem Ueberfall in der Nacht auf Weibrücken und Pirmasens. Die Industriestädte haben wohl Vorbereitungen zur Abwehr getroffen. Aber bei der Haltung der Franzosen ist es zweifelhaft, ob diese von Erfolg sein wird. Die große Not in der Pfalz kommt den Separatisten zu Hilfe. Die Bevölkerung ist nicht imstande sich zu wehren. Sie denkt nur daran, wie sie sich noch ernähren kann.

In Pirmasens kam es im Laufe des gestrigen Abends zu Erwerbslosenunruhen. Mehrere Geschäfte wurden geplündert. Die Polizei mußte eingreifen und von der Waffe Gebrauch machen. Es wurden mehrere Personen verletzt, eine Person ist tot.

Der Hauptredaktionsführer ist der Führer der freien Bauernschaft Orbis, ein früherer Offizier. Als die Separatisten gestern in den Fernsprechturm des Postamts Kaiserslautern eindringen wollten, wurden sie von den Franzosen wieder hinausgeworfen. Im Laufe des gestrigen Tages ist es mehrfach zu Plünderungen gekommen. Die Redaktionsleiter der „Pfälzischen Freien Presse“ und der anderen Zeitungen mußten gestern auf dem Bezirksamt, dem Hauptquartier der Separatisten, erscheinen und u. a. eine Erklärung darüber abgeben, ob sie bereit seien, bei einer Beschlagnahme der Zeitungen weiter zu arbeiten. Das wurde abgelehnt. Gegen Abend kam es im Hauptquartier der Separatisten zu Meutereien, die Leute, die teilweise den ganzen Tag nichts gegessen hatten, verlangten Essen, Geld und Urlaub. In einer ganzen Reihe von Fällen sind die Separatisten, die keinen Urlaub erhielten, ausgerissen. Als in der Löwenapotheke die Separatisten Plünderungen vornehmen wollten, wurden sie von einer zahlreichen Menschenmenge angegriffen und mußten das Feld räumen. Gestern abend gegen 6 Uhr wurde ein Postamt unter harter Bewachung nach Kusel evakuiert. Später ist der politische Redakteur der „Freien Presse“ verhaftet worden.

Zur Jung-Evangelischen Woche.

„Jung-Evangelisch“ — ein programmatisches Wort, mit Absicht und Bedacht über die Verantwortung gestellt, die letzte Woche von den evangelischen Jugendbänden unserer Stadt unter der Leitung von Jugendpfarrer Kappes geboten wurden. „Jung“ deshalb zuerst, weil man von vorüberer Klarstellen wollte, daß es sich hier nicht um Dinge handeln sollte, die von irgendwelcher Seite an die Jugend erst herangeführt werden mußten, sondern um etwas, was von ihr selbst ausgeht, was eigenem Suchen, eigenem Fragen, das nach geworden, entspringt; weil man sich hier — kurz gesagt — als Glied und Teil der großen deutschen Jugendbewegung unserer Zeit weiß. „Evangelisch“ — dies nicht im Sinne kirchlich-konfessioneller Enge und Beschränktheit — es waren alle Richtungen und Strömungen innerhalb der Jugendbewegung zur Teilnahme und zur freier Aussprache eingeladen und waren auch mit Ausnahme der katholischen Verbände alle erschienen: die Wandervogel, die Freideutschen, die „proletarische“ wie die „nationale“ Jugend — sondern weil man im Evangelium die kraftvolle eigenen Willens verpflügt und zugleich in ihm den wege- und zielweisenden Blickpunkt erkannt hat. Man wollte in dieser Woche, wie das schon aus dem ersten Vortrag von Pfarrer Schaff-Kassel, einem führenden Mann der „Neuerl-Bewegung“, herausklang, nicht reden, nicht über sich selbst theoretisieren und problematisieren, sondern Impulse zur Tat, zur Arbeit in und an unserem Volke sich geben lassen, zu der Arbeit, wie sie heute Jugend leisten kann. Also nicht um Selbstdarstellung des eigenen geistigen Bestandes, nicht um ein Feiern — wenn auch im weitesten Sinne — auch nicht um ein Erweisen religiös-erbaulicher Stimmungen sollte es sich diesmal handeln, sondern um ernste, sachliche Bestimmung auf die Urgründe unserer gemeinsamen Volkstunde und die daraus erwachsende Aufgabe der Jugend, ihr soziales Bewußtsein zu schärfen. Für die geistigen Führer der Jugend und damit die

Der Vorsitzende der Pfälzischen Bauernkammer Seiz, der Mitglied der Deutschen Volkspartei der Pfalz war, ist wegen seines Verhaltens in der Autonomiefrage der Pfalz durch Parteibeisatz aus der Deutschen Volkspartei ausgeschlossen worden.

Die Lage am Niederrhein. Berlin, 7. Nov. (Drahtber.) Nach Blättermeldungen aus Essen kam es gestern in Duisburg-Pochfeld zwischen Separatisten, die eine Brotfabrik plündern wollten, und Arbeitern der Kruppischen Werke in Rheinhausen, welche den Plünderern entgegenzogen, zu einem Zusammenstoß. Die Separatisten stürzten auf die in der Nähe liegenden Rheinschiffe und schossen von dort aus auf die herannahenden Arbeiter. Sechs Arbeiter wurden schwer verletzt. Die belgische Gendarmarie, die schließlich auf dem Kampfplatz erschien, verhaftete die Separatisten.

Kreuznach. Berlin, 7. Nov. (Drahtber.) Die Separatisten haben sich in Kreuznach der dortigen städtischen Notgeldbrücke bemächtigt und bedeutende Summen Notgeldes entnommen. Der Kreisdelegierte der Rheinlandkommission hat angeordnet, daß die Privatbanken dieses Notgeld einlösen und hat ferner die Beamten der Reichsbank unter Androhung der Freiheitsberaubung und Vermögenskonfiskation gezwungen, das Notgeld gleichfalls anzunehmen und in Reichsbanknoten umzutauschen. Es sind gestern allein bei der Reichsbank 6000-7000 Millionen Mark eingelöst worden.

Massenentlassungen in der Ruhr-Industrie. Aus dem Ruhrgebiet meldet die „Presse, Ztg.“: Durch die katastrophale Entwicklung der Verhältnisse für die Beschaffung der zur Bezahlung von Lebensmitteln und Gehältern erforderlichen Mittel stellt sich die Großindustrie gezwungen, immer mehr Arbeiter und Beamte zu entlassen. Nach dem bisher schon fämtliche ledige Beamte und das gesamte weibliche Büropersonal von der Großindustrie entlassen worden sind, werden für den kommenden 15. November 50 Prozent der verheirateten Beamten gekündigt werden. Der Rest der jetzt noch in der Industrie tätigen Beamtenschaft wird täglich nur vier Stunden beschäftigt bei einer Lohnverminderung um 60 Prozent. Die Firma Thyssen hat sich zur Stilllegung ihrer gesamte Betriebe entschlossen und teilt dies der Belegschaft in folgender Bekanntmachung mit: „Die finanzielle Lage des Werkes hat sich derart katastrophal gestaltet, daß wir uns gezwungen sehen, zum 10. November abends unsere sämtlichen Betriebe einschließlich der Büros vollständig zu schließen. Alle unsere Beamten und Arbeiter werden mit dem 11. November der Erwerbslosenfürsorge zugeführt.“ Wie ich aus industriellen Kreisen erfahre, wird die gleiche Maßnahme auf allen Werken der Großindustrie am demselben Tage wie bei Thyssen eintreten.

Die Lebensmittelnot im Ruhrgebiet. Essen, 7. Nov. (Drahtber.) Von einer zahlreichen Versammlung von Wirtschaftsverbänden und Kommunalverwaltungen wurde eine Entschließung nach den zuständigen Stellen nach Berlin geschickt, in der darauf hingewiesen wird, daß die gesamte Lebensmittelversorgung des Ruhrgebietes in der nächsten Zeit zusammenbrechen muß, wenn es nicht gelinzt, die vorhandenen Warenlager auf eine bedeutende Höhe zu bringen. Hierzu sei erforderlich, daß weit mehr als bisher der Lebensmittelhandel des Ruhrgebietes bei der Zuteilung von Devisen berücksichtigt werde, unter Umständen unter Anschaltung milder wichtiger Genossenschaften des täglichen Bedarfs bei der Devisenzuteilung.

Englische Stimmen zur Rheinlandbewegung. London, 7. Nov. In ihrem Leitartikel schreibt die „Times“: Die mutige Aktion, die von den Belgiern unternommen wurde, um den separatistischen Unruhen in ihrer Rheinlandzone ein Ende zu bereiten, steht augenblicklich in Gefahr, durch den französischen Druck vereitelt zu wer-

den. Die Belgier verdienen die Glückwünsche der zivilisierten Welt für ihre energische Haltung, die sie zu Ende der vorigen Woche eingenommen haben, da sie wenigstens endgültig die Unfähigkeit des separatistischen Abenteuers enthüllt hätten. Es sei allgemein klar, daß, wenn die Franzosen ebenso entschlossen wie die Belgier die Grundzüge strenger Neutralität beobachteten würden, der bewaffnete Angriff durch verurteilte Marodeure auf die Städte und Dörfer im besetzten Gebiet an einem Tage erledigt werden könnte. Es sei tief bedauerlich, daß die französische Politik der Unterstützung der Separatisten im Rheinland sich nicht gelodert, sondern im Gegenteil verschärft habe.

Führer unseres zukünftigen Volkstums war die Veranlassung der Jung-Evangelischen Woche in erster Linie gedacht; so kann es nicht wundernehmen, daß die drei Vorträge, die gehalten wurden, ein bedeutendes Maß geistiger Reife und geistigen Festigungsvermögens voraussetzten, das bei der zahlreich erschienenen Jugend, wie die den Vorträgen folgenden Aussprachen deutlich zeigten, bei weitem noch nicht überall vorhanden war. Mit dieser Tatsache, die manchem bedauerlich erschien, die aber bei solchen Veranstaltungen immer unvermeidlich ist, mag man sich mit dem Hinweis darauf zufriedengeben, daß vielen von denen, die jetzt intellektuell noch nicht verstanden, so doch rein gefühlsmäßig etwas von dem ungeheuren Ernst in der Seele haften blieb, der die drei Vorträge trug und dann auch in dem Totentanzspiel seine sinnliche Darstellung fand; von dem Ernst der Not unseres Volkstums wie der Verpflichtung zum Helfen.

Der erste Vortrag des schon erwähnten Redners galt der inneren Entwicklung der deutschen Jugendbewegung. Wir fühlten uns heute als Menschen einer Zeitenwende — davon ging er aus. Die Zeit, die vor 400 Jahren mit dem Erwachen des Ich und dem Sich-Dinein-Stürzen in die Welt, in die Wirklichkeit, begonnen, geht zu Ende. Was war das Ergebnis dieser Periode? Auf der einen Seite der moderne überpannte Individualismus mit dem ganzen Fluß seiner Gemeinschaftslosigkeit, auf der anderen Seite die Mechanisierung unseres Lebens. Gegen beides erhob sich die moderne Jugendbewegung, die beziehungsweise in der Großstadt, in Berlin, gegen Ende des vorigen Jahrhunderts durchbrach. Es war dieser Protest gegen die gemeinshaftliche und seelenlos gemordene Welt wirklich ein elementarer Durchbruch, wie er nur vom Leben kommen konnte. Aber über dem vollberechtigten, lebensvollen Sich-Aufbäumen der Jugend gegen die alte Welt verlor sie sich allmählich selber in ihrer Begeisterung, dem neuen „Erlebnissrummel“. Man betete sich selber und den eigenen neuen Lebensstil an. An die Stelle des stumpfen Mitmachens der alten Formen trat ein Sich-Gebenlassen in der eigenen Unmittel-

barkeit. Die Jugend überschätzte ihre eigene Kraft und Bedeutung. So konnte sie die Wirklichkeit nicht messern, sondern zerstückelte an ihr und zog sich in die Romantik zurück. Man begnügte sich mit älteren Lebensformen, trant und rauchte nicht, war passiv. Aber wieder regte sich nach dem Kriegserlebnis der Sinn fürs Ganze; der Drang nach umfassender Tat; aber wieder suchte man die Kraft und die Verechtigung dazu bei sich selber, sah nicht die eigene Leere und Unproduktivität. So entstanden die politisch-aktivistisch eingestellten Jugendverbände links und rechts. Man hatte kein Gefühl dafür, daß wahre Jugendbewegung niemals ein Machen von uns bedeutet, sondern ein Ergriffen-Werden vom Leben ist. Die Jugend muß Ehrfurcht bekommen vor dem Geheimnis des Lebens, das ohne unser Zutun einfach da ist, wirkt und uns packt. In dieser Ehrfurcht, in diesem Hungern und Dürsten nach dem, was sie erfüllen soll und kann, wird sie die Einheit finden, ihre Sondernung, die Grundstünde, überwinden. Ihre Ideale, so verschieden, ja entgegengesetzt sie einander sind, vermögen sie zu einem, wenn sie zu Fragen an das Leben werden. Nur so vermag die Jugend der heutigen Stunde zu dienen, wenn sie die Seele offen hält für diese Fragen, wenn sie keinem verzweifelten Parteivollen Vorparadienten leitet.

Deutsches Reich

Veröffentlichungen diplomatischer Akten. Berlin, 7. Nov. Wie wir erfahren, steht die Veröffentlichung der zweiten Reihe der Aktenpublikation des auswärtigen Amtes über die große Politik der europäischen Kabinette von 1871 bis 1914 unmittelbar bevor. Sie umfaßt sechs Bände in sieben selbständig gebundenen Teilen, die nach Erledigung der letzten technischen Arbeiten durch die Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte in Berlin zwischen dem 1. und 5. Dezember an den Buchhandel ausgeliefert werden. Das gesamte Aktenwerk umfaßt 30 Bände, die in vier große Gruppen zerfallen. Die jetzt zur Veröffentlichung gelangende zweite Gruppe bezieht sich auf die Jahre 1871 bis 1875, die dritte Gruppe auf die Jahre 1876 bis 1880, die vierte Gruppe auf die Jahre 1881 bis 1885, die fünfte Gruppe auf die Jahre 1886 bis 1890, die sechste Gruppe auf die Jahre 1891 bis 1895, die siebente Gruppe auf die Jahre 1896 bis 1900, die achte Gruppe auf die Jahre 1901 bis 1905, die neunte Gruppe auf die Jahre 1906 bis 1910, die zehnte Gruppe auf die Jahre 1911 bis 1914.

Die Gefahr des Beamtenstreiks. Die „Deutsche Gewerkschaft“, das Zentralorgan der etwa 200.000 Eisenbahner umfassenden Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner nimmt in seiner neuesten Nummer zu den Streitigkeiten Stellung, die Beamten in einen Streik zu ziehen, in dem sie schreibt: Wer jetzt zum Streik, zur Arbeitsverweigerung gegen den Staat aufruft, der verurteilt den Staat zu zerrüttern. Gelänge dieses Amt zu erreichen, so wäre das Chaos vollkommen und das traditionelle deutsche Berufsbeamtentum wäre Vergangenheit. Wer es also mit den Interessen der Arbeitnehmer und der Beamten ernst meint, der kann zu einem solchen unfauligen Unternehmen nicht raten. Wir wissen, daß ein Streik das Land in jedem Fall nur verdupeln kann, das wissen auch die Führer der A.D.B. und des D.D.B. Trotzdem spielen sie mit dem Gedanken des Streiks. Gegenüber allen Verjungen, der einen oder anderen Schicht die Schuld an der jetzigen katastrophalen Entwicklung abzuwälzen, muß festgelegt werden: das ganze Volk trifft die Schuld, niemand und nichts kann ausgenommen werden. Die marxistisch rein negativ eingestellte Sozialdemokratie trifft die Schuld, weil sie Aufgaben übernahm, die sie nicht ausführen konnte, die Nichtsozialisten trifft die Schuld, weil sie die Sozialdemokraten gewähren ließen. Unfähigkeit auf der einen, Feigheit auf der anderen Seite, das sind die Hauptursachen, daß es soweit gekommen ist.

Die Reichswehr in Thüringen. Weimar, 7. Nov. Das thüringische Presseamt teilt mit: General Reinhardt hat den Kommandeur der 3. Kavalleriedivision, Generalleutnant Hoffe, beauftragt, bei der augenblicklich drohenden Lage in Thüringen durch die ihm zur Verfügung gestellten Reichswehrtruppen der Thüringer Landespolizei seine Reichsgewalt zu geben, um die Auflösung der proletarischen Hunderscharen durchzuführen.

Die seit längerer Zeit auf dem Truppenübungsplatz Ohrdruff bei Gotha zusammengezogenen Reichswehrkräfte rückten am 6. Nov.

barkeit. Die Jugend überschätzte ihre eigene Kraft und Bedeutung. So konnte sie die Wirklichkeit nicht messern, sondern zerstückelte an ihr und zog sich in die Romantik zurück. Man begnügte sich mit älteren Lebensformen, trant und rauchte nicht, war passiv. Aber wieder regte sich nach dem Kriegserlebnis der Sinn fürs Ganze; der Drang nach umfassender Tat; aber wieder suchte man die Kraft und die Verechtigung dazu bei sich selber, sah nicht die eigene Leere und Unproduktivität. So entstanden die politisch-aktivistisch eingestellten Jugendverbände links und rechts. Man hatte kein Gefühl dafür, daß wahre Jugendbewegung niemals ein Machen von uns bedeutet, sondern ein Ergriffen-Werden vom Leben ist. Die Jugend muß Ehrfurcht bekommen vor dem Geheimnis des Lebens, das ohne unser Zutun einfach da ist, wirkt und uns packt. In dieser Ehrfurcht, in diesem Hungern und Dürsten nach dem, was sie erfüllen soll und kann, wird sie die Einheit finden, ihre Sondernung, die Grundstünde, überwinden. Ihre Ideale, so verschieden, ja entgegengesetzt sie einander sind, vermögen sie zu einem, wenn sie zu Fragen an das Leben werden. Nur so vermag die Jugend der heutigen Stunde zu dienen, wenn sie die Seele offen hält für diese Fragen, wenn sie keinem verzweifelten Parteivollen Vorparadienten leitet.

Der zweite Vortrag von Pfarrer Günther Dehn-Berlin handelte von der Stellung des jungen Menschen in der Wirtschaftskrisis. Auch hier wurde ausgegangen von der Tatsache der Mechanisierung und Atomisierung unseres Lebens und das besonders an der Entwicklung der modernen Industrie, des Bank- und Börsenwesens deutlich. Mit unerbittlicher religiöser Kritik führte der Redner das stetige Anwachsen des Mammonismus und seiner unheimlichen Macht vor Augen, das Streben nach Erwerbium des heutigen Menschen nach Geld, nach Einfluss, nach Geltung und Herrschaft. Wie ein furchtbares Schicksal, ein unentrinnbares Verhängnis ist es über uns alle gekommen. Unsere Geistigkeit ist verhandelt, unsere Kultur zerfallen, unsere Volksgemeinschaft hat sich hoffnungslos auf-

gelöst. Vorwärts nach irgend einer Seite hin zu machen ist müßig; der Geist der Rastlosigkeit und Herrschsucht, wie er in modernen Kapitalismus und Imperialismus in Heimkultur verkörpert ist, herrscht über alle. Die Jugend hat die Lage zuerst einmal zu erkennen, wie sie ist, um sich vor allem Illusionismus und falschem Idealismus zu bewahren. Sie soll vor allem auf der Hut sein vor der Ideologie und Phrasenologie unserer politischen Parteien und sich bei einem Bürgerkrieg nicht als Stützpunkt mißbrauchen lassen. Sie soll politisch denken, aber nicht politisch handeln, d. h. alle die leidenschaftlichen Schwärmungen der Volksseele, wie sie die ungeheure Not der Gegenwart erzeugt, sollen auch in ihrer Seele mitschwingen. Sie soll mit dem Volksgangenen mitleiden, seine Schuld als die eigene mitleiden. Sie hat kein Recht dazu, sich in eine romantische Welt, in die Welt hoher Gedanken und Gefühle, die nicht mit der Volksnot in Zusammenhang stehen, zu flüchten. Aber politisch aktiv zu handeln, steht ihr noch nicht zu; dazu ist sie unvermögend und auch — zu schade. Sie soll das Beste, was sie hat, ihre Jugendlichkeit, sich bewahren bis auf den Tag und die Stunde, da auch an sie die höhere Notwendigkeit des Handelns herantritt.

Stuttgart, 7. Nov. (Drahtber.) Das Wehrfreikommando V teilt mit: Am 6. November 1923 sind die dem Militärbefehlshaber im Wehrkreis V zur Verfügung gestellten Reichswehrkräfte in Thüringen eingetroffen. Sie stehen in der ersten Gruppe nördlich Weimar, im Wehrkreis Kassel-Büttstadt-Ederberg. Eine zweite Gruppe steht in Gera und Eisenberg. Eine dritte Gruppe bilden die schon seit längerer Zeit auf dem Truppenübungsplatz Ohrdruff befindlichen Kräfte. Führer all dieser Gruppen ist der Kommandeur der 3. Kavalleriedivision, der den Auftrag hat, mit der ihm unterstellten thüringischen Landespolizei, für die die Reichswehrtruppen als Stützpunkt dienen sollen, die Auflösung und Entwaffnung der kommunistischen Hunderscharen in Thüringen durchzuführen. An verschiedenen Orten ist bereits damit begonnen worden, wobei die Teilnahme von Führern, Beschlagnahmungen von Waffen, Munition und Flugblättern stattgefunden haben.

Die Reichsindexziffer. m. Berlin, 7. Nov. (Drahtber.) Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung und Bekleidung) beläuft sich nach den Berechnungen des Statistischen Reichsamtes für den 5. November auf das 98,5-milliardefache der Vorkriegszeit. Die Steigerung gegenüber der Vormoche (13,64 Milliarden) beträgt somit 620,5 Prozent. Für den Durchschnitt des Oktober berechnet sich die Reichsindexziffer auf das 357,7-milliardefache gegenüber dem 15-millionenfachen im Durchschnitt des Monats September. Die Steigerung beträgt somit 2420 Prozent. Die Lebenshaltungskosten ohne Bekleidung sind im Durchschnitt des Oktobers auf das 320,5-milliardefache, Ernährungskosten allein auf das 490,1-milliardefache der Vorkriegszeit gestiegen.

Die Großhandelsindexziffer. m. Berlin, 7. Nov. (Drahtber.) Die auf den 5. November des 6. November errechnete Großhandelsindexziffer des statistischen Reichsamtes ergibt in Bapier bei dem amtlichen Dollarkurs von 420 Milliarden Mark das 129-milliardefache des Friedenspreises und ist gegenüber dem Stande vom 30. Oktober um 591,2 Prozent gestiegen. Das Goldniveau der Großhandelsindexziffer (1913 = 100) hat sich in der gleichen Zeit von 120,5 auf 129 oder um 7,1 Prozent gehoben.

Die Plünderungen in Berlin. Berlin, 7. Nov. Im Laufe des gestrigen Tages setzten sich die Ansammlungen und Plünderungen fort. Unter anderem wurden in der Friedrichstraße in einem Konfektladen Waren im Werte von 80 Millionen Mark geraubt. Ein Kigarrengefaßt wurde ausgeraubt. Die Fenster eines Juwelers Ladens wurden zerrüttet und die Auslage geraubt. Neun Plünderer wurden festgenommen. Von den Plünderern wurden wiederum achtzehn Wädeln und Schlächtereien, aber auch Konfektgeschäft, Konfektläden und andere Geschäfte heimgesucht. Von der Buttergroßhandlung Reichel wurden verschiedene Filialen ausgeraubt. Nach einer polizeilichen Mitteilung wurden im Laufe des Mittags 214 Personen verhaftet und dann weitere 218 Aufseher und Plünderer festgenommen. 117 Personen wurden dem Richter vorgeführt.

Die Plünderungen und Ansammlungen, die gestern noch vereinzelt vorliefen, haben sich heute vormittag nicht wiederholt. Das energische Vorgehen der Schupo scheint zur Verhütung beigetragen zu haben.

Der dritte Vortrag von Pfarrer Stählin-Nürnberg „Von neuer Volksgemeinschaft“ ging von kulturphilosophischen Betrachtungen allgemeiner Art aus: Volksgemeinschaft ist das Zusammenwachsen von Stamm und Stamm, von Stand und Stand, Familie und Familie und gemeinsame Verehrung eines Heiligen. Das höchste Kampf und Streit innerhalb des Volkes nicht aus; aber wo solcher Kampf bei wahrer Volksgemeinschaft ist, wird er geführt in dem Bewußtsein, miteinander dennoch auf der gleichen Linie zu stehen; es kann nur ein ritierlicher Kampf sein, der den Sieg nicht als Verächtlichmachung als Ueberwindung des andern will. Solche Kämpfe waren im Mittelalter z. B. die der einzelnen Geschlechter, der Fürsten, der Ritter und Städte miteinander. Sie waren möglich, trotzdem über dem allem wahre Volksgeworden. Der Klassenkampf ist ein Kampf mit

Die Wahl des badischen Staatspräsidenten.

Karlsruhe, 7. Nov. Der Badische Landtag trat heute zu einer außerordentlichen Sitzung zusammen. Es waren 79 Abgeordnete anwesend, 7 Abgeordnete fehlten. Die Tribünen waren fast besetzt; der Zutritt war nur mit besonderen Karten gestattet. Die Plätze der Fraktionen und Gruppen zeigten nur wenige Lücken; von den Kommunisten waren nur die Abgeordneten Ritter und Häfner anwesend. Am Regierungstisch waren sämtliche 5 Minister, Remmele, Dr. Engler, Trunt, Hellpach und Köhler, anwesend.

Präsident Dr. Baumgartner eröffnete die Sitzung. Es wurde sofort die Wahl des Landtagspräsidenten vorgenommen. Da die Kommunisten sich einer Wahl durch Zuruf widersetzen, mußte die Wahl durch Stimmzettel vorgenommen werden, die natürlich erhebliche Zeit in Anspruch nahm. Bei der Wahl des Präsidenten wurde der bisherige Präsident Abg. Dr. Baumgartner (Str.) mit 76 Stimmen gewählt. Drei Abgeordnete, darunter die beiden Kommunisten, enthielten sich der Abstimmung.

Präsident Dr. Baumgartner dankte für das durch die Wahl ausgesprochene Vertrauen und erklärte, daß er treu und gewissenhaft die ihm übertragenen Pflichten ausüben werde. (Beifall.)

Bei der Wahl des ersten Vizepräsidenten wurde Abg. Walter-Heidelberg (Soz.), der dieses Amt schon bisher versehen hat, mit 72 Stimmen gewählt. Bei der Wahl des zweiten Vizepräsidenten wurde Abg. Gebhard (Landbund) mit 54 von 78 abgegebenen Stimmen gewählt. Die Sekretäre wurden wiedergewählt und zwar die Abg. Imann (Str.), Frau Fischer-Karlsruhe (Soz.), Graf (Str.), Frau Richter (D.N.), Frau Straub (Dem.) und Siegelmaier-Oberkirch (Str.).

Nach der hiermit vollzogenen Wahl des Landtagspräsidenten nahm Präsident Dr. Baumgartner das Wort, um in seinen Ausführungen zunächst auf die schweren Ereignisse hinzuweisen, die sich in der mehrmonatigen Landtagspause vollzogen haben. Der Präsident dankte dem Rhein- und Ruhrkampf stehenden Bevölkerungstreffen. Der Präsident verurteilte die Unruhen, die in der letzten Zeit da und dort entstanden sind und betonte, tief traurig seien die Trennungslinien, die separatistischen Bewegungen, die in Baden auf das allerhöchste verurteilt wurden. (Zustimmung.) Das badische Volk, das von jeher am treuesten an dem Reichsbanden festgehalten habe, werde das auch weiter tun. Jetzt erst recht sei es Bewußtsein- und Herzpflicht, treu zum Vaterlande zu stehen. (Zustimmung.) Dieses Gelübnis rufen wir in alle Welt und besonders über den Rhein hinüber, Deutschland, Deutschland über alles und im Unglück nun erst recht. (Zustimmung.)

Wahl des Staatspräsidenten.
Bevor die Wahl des Staatspräsidenten vorgenommen wurde, erklärte namens der deutschen nationalen Fraktion Abg. Mayer-Karlsruhe, daß die Deutschnationalen sich der Wahl enthalten werden. Damit sei nicht ausgesprochen, daß die Deutschnationalen gegen die Person des Staatspräsidenten und seines Stellvertreters etwas einzuwenden hätten.

Achtlos lautende Erklärungen gaben ab Abg. Leber für die Deutsche Volkspartei und Abg. Lauber für den Landbund. Abg. Ritter (Komm.) sprach sich gegen den Vorschlag des Staatspräsidenten überhaupt aus und richtete Angriffe gegen den Landtag.

Bei der Wahlhandlung wurden 77 Stimmen abgegeben, davon waren 18 blank, auf zwei Zetteln waren die Namen gezeichnet und zwei Abgeordnete (die zu Wählenden) hatten sich der Stimme enthalten. Zum Staatspräsidenten wurde mit 53 Stimmen Finanzminister Köhler und zu seinem Stellvertreter mit 54 Stimmen Unterrichtsminister Dr. Hellpach gewählt.

Staatspräsident Köhler
nahm hierauf das Wort zu folgender Ansprache:

geworden. Der Klassenkampf ist ein Kampf mit vergifteten Waffen, ein Kampf, der auf Vernichtung geht. Ein kraftvolles Nationalerwachen der Stämme gibt es infolge der Freizügigkeit nicht mehr, der Sinn für Familie und Familientradition ist im großen und ganzen erloschen. So sind wir heute keine wahre Volksgemeinschaft mehr, zumal da uns die Hauptkraft fehlt: das gemeinsame Heiligtum, vor dem wir anbetend uns vereinen können. Wie können wir nun wieder zu neuer Volksgemeinschaft kommen? Die Frage ist nicht nur eine politisch-nationale, sondern eine religiös-ethische; denn sie führt auf den Gedanken der Gemeinschaft überhaupt, der immer religiös-ethisch begründet ist; sie führt auf das, was man christliche Liebe nennt. Wo diese ist, da ist Gemeinschaft, da ist auch — Volksgemeinschaft. Und so ist die Frage nach der Volksgemeinschaft in ihrem tiefsten und letzten Sinn eine Frage nach der Verwirklichung und Sichtbarmachung des Christentums. Deshalb sind alle Versuche, die bei dem Ringen um eine neue Volksgemeinschaft bewußt oder unbewußt den Geist echter christlicher Liebe verleugnen, Formen des Antichristentums. Solch ein Antichristentum ist alles Vorgehen mit der Vergangenheit, aller Glaube, der meint, durch die Wiederherstellung alter Formen, Formeln und Ordnungen wieder zu einer Volksgemeinschaft zu kommen. Solch ein Antichristentum ist aber auch die Meinung, Not- und Interessengemeinschaft irgendwelcher Art genüge dazu. Und die feinste, aber auch gefährlichste Art dieses Antichristentums ist die, die ihren Ausdruck findet in kleinen Kreisen und Kreislagen, wo man sich als Elite des Volkes vorfimmt, als diejenigen, wo derentwillen das Volk eigentlich bloß da ist, wo man — einander genießt. Eine Gemeinschaft weniger Menschen, eine Ehe, die Gemeinschaft der Jugendbünde kann niemals Selbstzweck sein, sondern hat nur innere Berechtigung, wenn sie sich ihrer Bedeutung und Verantwortlichkeit für das Volksganze bewußt ist. Der Weg zu neuer Volksgemeinschaft geht über solche kleinen Kreise und Gemeinschaften; und die vornehmste Pflicht, die diese haben, besteht darin,

Ihr Vertrauen verpflichtet mich, die Wahl anzunehmen. Erste und vornehmste Pflicht wird mir sein, das Amt des Staatspräsidenten auf dem festen Boden und im Geist der Verfassung zu führen, die das badische Volk sich selbst gegeben hat. An die Spitze einer Regierung berufen zu sein, die in härtester Zeit einem schwer leidenden Volke Führer und Helfer sein soll, verlangt das höchste Maß der Eingabe. Wie meine Kollegen, so will auch ich es geben. Dienst an der teuren Heimat wird auch in der Zukunft des Gesamtkabinetts Leitstern sein.

Dem auscheidenden Staatspräsidenten, Herrn Minister Remmele, lauge ich im Namen des Staatsministeriums Dank für die Arbeit, die er im abgelaufenen Jahre geleistet hat. Hart und schwer waren die Aufgaben, die das Schicksal ihm anheftete; er ist ihnen im vollen Umfang gerecht geworden. Seine Umsticht und Tatkraft waren uns stets ein Vorbild, seine Gewissenhaftigkeit ein Beispiel.

Dummes Dunkel hüllt die nächsten Wochen ein. Der Vertrauensgegner jenseits des Rheins raubt immer noch deutschem Land und deutschem Volk die Ruhe zum Schaffen und zum Aufbau. Des aramtamen Glanzes herbe Not würgt unser Volk, das einst so Herrliches vollbrachte. Die Kurien der Arbeitslosigkeit, des Hungers und der Armut durchdragen die Gauen. Sie wollen jedes Hoffen töten. Und immer neuer Jammer schlägt an des Himmels Wölbung. Volksgenossen — bar der Pflicht und in der Irre — suchen des Bruderkampfes schwersten Schimpf auf uns zu laden. Noch ist des Bürgerkrieges Grauen nicht ganz abebnet. Ist es des Nordens denn noch nicht genug? Sollen neue Ströme toter blauen Bluts die deutsche Erde röten? Vor wenigen Tagen leiten wir des Herbstes Blumen auf die Hügel unserer Gefallenen und dachten ihrer im Gebete. Sie geben uns das heilige Vermächtnis, das Reich zu halten und zu führen, das ihr Blut uns wahrte. Gedungene Verträge drohen jetzt diesem Werke!

Badens Volk in seiner arbeitsreichen Mehrheit weiß die Freiheit weit, weit von sich. Einigkeit und Geschlossenheit haben des Landes Regierung und des Volkes Vertrauen in großen Zielen wirken lassen. So muß, so soll es ferner sein. Für uns klein es wie Lieberlust, dem Reiche stets die Treue zu versichern. Für uns — und darin ist sich die Regierung in allen ihren Gliedern durchaus ein — ist diese Treue eine Selbstverständlichkeit.

Wir stehen fest zur Neutralität des Reichs
in diesen schweren Tagen, wie wir stolz darauf waren, in glücklichen Zeiten an ihrer Seite zu sein. Die Reichsverfassung ist für uns kein Spielball. Wir haben aber ein Recht zu erwarten, daß die Regierung des Reiches mit harter Autorität und letzter Kraft seinen Bestand schützt gegen Angriffe, woher immer sie kommen. Wir verlangen, daß man endlich entschieden und umfassend und ohne falsche Rücksichtnahme zugreife zum Bannen der arbeitswirtschaftlichen Gefahren, welche das Sein des deutschen Volkes bedrohen. Wir erwarten, daß

der Länder Eigenart Verständnis finde
und sich auswirken kann, getreu der großen Tradition im Rahmen des Genordnenen. Alle aber mahne ich eindringlich, die Wohnungen im deutschen Haus nicht umzuändern, da das Haus im Grunde steht. Die große deutsche Einigkeit allein ist der Schild, der die Treuen um das deutsche Banner an Rhein und Ruhr noch hält. Dort ringt man um das Deutschtum, um den Bestand des deutschen Vaterlandes. In ihren schwersten Stunden soll die Schwermut brüderlich sich schließen. Darum rufe ich auf zur Einigkeit auf diesem unserem Weg, dem Vaterland beizustehen.

Das Fundament der Einigkeit ist das Vertrauen. Badens Regierung steht im Vertrauen des Volkes. Die schaffenden Stände, Industrie und Wirtschaft haben es erst in den letzten Tagen aufs neue bezeugt. Unsere Beamtenhaft tut unter den schwierigsten Lebensbedingungen

vorbildlich ihre Pflicht. Aus diesem Bewußtsein schöpfen wir die Kraft zu festem Handeln im Kampf gegen die Schrecken des Winters. Helfen Sie, verehrte Damen und Herren, uns bei diesem schweren Werke. Unser ganzes Volk aber möge sich versichert halten, daß seine Staatsregierung nichts Erlaubtes unverdient lassen wird, des Glanzes Herr zu werden. Kleinlichen Rang verbietet die Zeit. Stellen wir das voran, was uns eint, auf daß die großen Opfer, die jetzt jeder bringt, nicht nutzlos veran seien. Was wir erleben und hoffen, das kleide ich ein in den heißen Wunsch, der uns alle stark mache:

**Gott schütze unsere badische Heimat, unter
armes deutsches Vaterland!**

Präsident Dr. Baumgartner sprach namens der großen Mehrheit des Landtags dem bisherigen Staatspräsidenten, Minister des Innern Remmele Dank für seine Tätigkeit aus und bemerkte, man werde vielleicht erst in später Zeit erkennen, was Minister Remmele als Staatspräsident dem badischen Volk in Wahrheit und Wirklichkeit an Wohlstand und Nutzen erwiesen habe. Sich an den neuen Staatspräsidenten wendend, erklärte Präsident Dr. Baumgartner, die speziellen Ausführungen seien eine Bürgschaft dafür, daß Staatspräsident Köhler sein Amt so führen werde, wie er bisher das Amt als Finanzminister geführt hat.

Minister Dr. Hellpach erklärte hierauf, die Wahl als Stellvertreter des Staatspräsidenten annehmen zu wollen.

Nachdem der Präsident die sehr große Zahl der Eingänge verlassen hatte, wurde die Sitzung kurz nach 1 Uhr geschlossen. Die nächste Sitzung findet am Donnerstag statt, da am Mittwoch nachmittags die Anstaltliche Beratungen aufzunehmen sind.

Was hat die Reichsregierung getan?

Berlin, 7. Nov. (Drahtber.) W.T.B. meldet: Gegenüber den wiederholten Behauptungen, in der Presse, daß die Reichsregierung von den ihr durch das Ermächtigungsgesetz gegebenen Möglichkeiten zu ernstlichem Eingreifen kaum oder gar ungenügend Gebrauch gemacht habe, ist festzustellen, daß seit dem 18. Oktober nicht weniger als 16 finanzielle, 15 wirtschaftliche und 9 soziale Verordnungen erlassen worden sind, welche im Reichsgesetzblatt veröffentlicht wurden, ein Resultat, das nur durch die größte Anstrengung der beteiligten Ressorts ermöglicht werden konnte.

Der Münchner Kardinal an den Kanzler.

Berlin, 7. Nov. In der Beantwortung eines Schreibens des Reichskanzlers Dr. Stresemann an den Kardinalbischof Dr. Faulhaber in München, erklärt der Kardinal unter Bezugnahme auf einen vom Reichskanzler wiederholt ausgesprochenen Gedanken, die katholische Kirche empfinde es als Gewissenspflicht, an der sittlichen Weiterentwicklung des Volkes, insbesondere an dem Abbau der Gemeinlichkeit, an der Pflege des Autoritätswillens, am Abbau des Pöbels und der Ständegegenstände und an der Pflege des Gemeinwesens mitzuwirken. Der Kardinalbischof erklärte weiter, daß er die föderalistische Umgestaltung der Weimarer Verfassung für eine staatsmännliche Notwendigkeit erachte. Er habe nie verhehlt, daß die Treue des bayerischen Volkes zu seinem Königshaus das Recht der völligen Selbstbestimmung für sich in Anspruch nehme. Das alles würde aber nur auf verfassungsmäßigem und unblutigen Wege geschehen. Der Brief schließt mit dem Wunsch, daß es gelingen möge, in erster Linie dem deutschen Volke Brot und Arbeit zu geben, mit den Nachbarländern zu einem friedlichen Ausgleich auf dem Boden der Gerechtigkeit zu kommen und das Schwere eines Bruderkrieges fernzuhalten.

Literatur

Ekhart. Jahrbuch für das Badner Land 1924. 3. A. des Landesvereins Badische Heimat herausgegeben von Hermann Eris Busse. (100 Seiten mit vielen Abbildungen). Verlag G. Braun, G. m. b. H. in Karlsruhe.

Wieder hat dem Jahrbuch Hans Thoma sein kurzes Geleit gegeben, das in seiner kindlichen Erklärung über unsere schlimme Zeit hinausreicht. Eine köstliche Kopie von des Meisters Hand geht dem Text des Kalenders voran. Dem Geleit folgt das Leben- und Schicksalsbild des Malers und Gräbelführers Ernst Würtenberger. Prof. W. E. Ostering schreibt mit warmer Einfühlung über den Künstler, den er in seinem Wesen wohl erfasst hat. Hervorragend sind die Wiedergaben einzelner Gemälde und Holzschnitte des Meisters. Aus dem nächsten erscheinenden, hochdeutschen Bande „Arula hat Hermann Burte elf Gedichte dem Kalendermann zur Verfügung gestellt. Die Eigenart des neuen Jahrbuches ist die thematische Ausbreitung übers ganze Land. Aus jeder Landschaft ist ein Wert herausgeholt. So schreibt Prof. Dr. J. Sauer über das neuhagergerichtete Konstanzer Münster. Der Konstanzer Dichter Paul Sattler bringt Verse. Das Thomabildchen Schwarzwalddorf Bernau mit seinen alten Höfen schildert Oberbaurat Dr. Schmieder und zeichnet typische Häuser und Siedlungsgruppen dazu. Und den Schwarzwald in seinem ersten Wesen erhebt zu symbolischer Reife Dr. Otto Hoerth, dessen sprachlich wunderbarer Epilog in einen fünfzigjährigen Wald bei Schlitz führt, den der Vater ein Leben lang gehegt. Vom Wälderdom der Natur drängen in die gotischen Dome, von Menschenhand gebaut, gehen wir mit Prof. Schwarz zum Orgelmusiker, Komponisten und Chormeister Franz Philipp. Dem Aufsatz ist ein Bildnis Franz Philipps beigefügt. Auf Randstrafen, Dorfplätzen und Feldwegen wandert Hermann Eris Busse im Schutttrümmel, in der Raber Gegend,

Zeitgedanken.

Die Reichsregierung erklärt unter dem 5. November einen Aufruf an das Volk, in dem sie versichert, sie sei entschlossen, alle notwendigen Maßnahmen für Aufrechterhaltung von Staat und Ordnung zu ergreifen und daß ihr dazu die Machtmittel hinreichend zur Verfügung stehen. Derweilen wird unter ihren Augen in der Reichshauptstadt in schwerster Weise geplündert und das Recht der persönlichen Freiheit wird dabei in schamlosester Weise verletzt. Hier scheint ein Widerspruch zu bestehen.

Die Kartoffelnot beschäftigt nach wie vor alle Kreise und Berufsstände. Das Allheilmittel auch hier, der Bevölkerung ein tatsächliches Zahlungsmittel in die Hand zu geben, ist von der Regierung noch immer nicht gefunden. Dafür wird der Standa, der mit dem Vertrieb der Goldmünze hier und dem Zurückhalten mit ihr dort verbunden wird, immer größer und sorgt in bahnbrechender Weise dafür, daß man den kommenden neuen Währungsänderungen mit entsprechendem „Vertrauen“ entgegensteht. Vertrauen aber macht jetzt Alles, deshalb leiden wir überall nur!

Die Versuche, Kartoffeln vom Lande auf dem Wege der zwangsweisen Ablieferung zu erhalten, werden vielleicht noch in diesem Jahre hie u. da einen Erfolg haben. Im nächsten Jahre wird sich das Verfahren durch weiteren Rückgang der Kartoffelanbaufläche bemerkbar machen, damit wird die Spanne zwischen alter und neuer Ernte (Ausgleich durch Frühkartoffeln) sich erweitern, die Not wird wachsen und wir werden Zustände bekommen, wie wir sie in Deutschland auf dem Zundermarkt bereits erleben und der russische Bauer vormachte. Hier wird Politik auf lange Sicht, aber im negativen Sinne getrieben.

In Berlin hat man, um den Forderungen der Masse zu entsprechen, alle greifbaren Mehlvorräte kurzweg beschlagnahmt. Die Folge davon ist, daß alle weiteren Zufuhren von Mehl nach Berlin eingeklinkert wurden.

Man hat darauf angeordnet, daß alle Waren, also auch Mehl auf Basis der amtlichen — wofürverhanden künftlich niedergebhaltenen — Devisenkurse gerechnet werden müssen. Folge: Man findet, daß im übrigen Deutschland erheblich höhere Preise für Mehl und Getreide zu erzielen sind als in Berlin und schneidet dieses kurzweg von weiteren Zufuhren ab. Was wird man nun tun?

Die künstliche Niederhaltung des Devisen- (Zwangs-)Kurs führt bereits dazu, daß man im geschäftlichen Verkehr dazu übergeht, die Goldmarkgrundpreise einer fiktiven Herstellung zu unterziehen, da es mit dem Multiplikator nicht mehr klappen will. Man sucht sich so an dem Einzelnen schadlos zu halten, weil die Masse und mit ihr der Umfah verlangen.

Vom Wetter

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe.

Mittwoch, den 7. November 1923.
Im Bereiche der Tiefdruckausläufer über Mitteleuropa dauert das meist trübe, ziemlich kalte Wetter mit zeitweisen Niederschlägen fort. Im Hochschwarzwald liegen die Temperaturen in der Nähe des Gefrierpunktes und es ist vielfach Schnee gefallen (Heldberg 21 Zentimeter Schneehöhe). Ein von den britischen Inseln vordringender Hochdruckrücken wird morgen teilweise Aufbesserung bringen, die jedoch nicht von längerem Bestand sein wird, da von Island eine neue Druckbildung nachfolgt.

Wetterausblick für Donnerstag, 8. November: Vorübergehend Abnahme der Bewölkung und Niederschläge, ziemlich kühl (Hochschwarzwald leichter Frost), schwache nordwestliche Winde.

und zeigt den Reichtum an schönen Jungen finziger Volkstümlichkeit, an Weigtreuen und Bildstöcken. Kunstmalerei Wilhelm Widenbeimer, Lehr, gab zu dem interessanten Aufsatz seine Zeichnungen. Ebenfalls auf volkstümliches und volkstündliches Gebiet führt Prof. Dr. A. A. Maier mit seiner Plauderei über die Dautenheimer Volkstracht und fügt vielstüdiges Bildmaterial dazu. Ueber den Pfälzer Volks- und Dialektdichter Nader erzählt sein bester Kenner, der jüngst verstarbene Heidelberger Gelehrte Dr. Ernst Traumann. Schöne alte und neue Brunnen unseres Hinterlandes kennt Emil Baader und weiß um ihr Wesen im Dorf- und Stadtbild. Max Bittrich gibt ein Herbsgedicht voll mahrender Eindringlichkeit und Fritz Berger, einer unserer besten neuen Erzähler, überlieh dem Kalendermann „Das Perpetuum mobile“, eine Parabel, an deren geist- und humorvoller Gestaltung jeglicher Leser seine Freude hat. Der Ueberlieferung folgend fügt Prof. Dr. W. E. Ostering die Ueberlieferung über die Badische Dichtung des verstorbenen Jahres hinzu, Pfarrer Kistner die katholische und Pfarrer Pindenslang die evangelische Kirchenchronik. Die Monatsbilder und vor allem die Kopfsteife und Plagette zu Otto Hoerth's Epilog „Der Wald“ stammen vom markgräflichen Maler Adolf Glattacker.

Reichs-Gesellschaft. Die diesjährige Mitgliederversammlung der Reichs-Gesellschaft wurde wegen der Ungunst der Zeit auf das Frühjahr 1924 verschoben. Dresden wird als Versammlungsort beibehalten. Das Jahrbuch wird trotzdem erscheinen und den Mitgliedern um die Weihnachtszeit ausgehen.

Brasilianische Hilfe für Cosima Wagner. Die brasilianische Künstlerin Celina Roxo hat, wie die Agencia Americana meldet, in Rio de Janeiro ein Konzert veranstaltet, dessen Ertrag als Stiftung für Cosima Wagner bestimmt war. Der allein Dame sind 6 Contos de Reis, etwa 120 Pfund Sterling (1 Pfund = 285 Milliaraden!) überwiegen worden.

Badische Politik

Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit.

Amlich wird mitgeteilt: Die badische Regierung hat sich in ihrer Sitzung vom 2. d. Mts. mit den Anträgen der sozialdemokratischen Landtagsfraktion auf Bekämpfung der wirtschaftlichen Notlage beschäftigt...

Aus Baden

Mannheim, 6. Nov. Eine Schieberbörse großen Stils hat sich in Ludwigsbad unter freiem Himmel auf dem Bahnhofsplatz vor dem Postgebäude und manchmal auch am Marktplatz aufgetan...

Mannheim, 7. Nov. Auf dem Postamt in Rheinau wurde ein Beamter verhaftet, der seit längerer Zeit amerikanische Briefe öffnet und daraus Dollarhefte entwendete...

Freiburg, 7. Nov. Am Donnerstag, 8. November, ist ein Jahrhundert vergangen, seit im Freiburger Stadttheater die erste Vorstellung stattfand...

Mettendorf (A. Bounsdorf), 7. Nov. Am vergangenen Mittwoch führte die Frau des Gattwirts Schupp in eine ca. 3 Meter tiefe Ritze, die am Freitag leer ist...

Mittenburg (A. Waldshut), 7. Nov. In der Nähe des hiesigen Ortes wurde im Rhein die Leiche eines Mannes gefunden...

Leiche eines Mannes gefunden. Wie festgestellt wurde, handelt es sich dabei um einen Uhrmacher, der sich vor acht Tagen von der Rheinbrücke in Schaffhausen ins Wasser stürzte...

Fernsprechtgebühren.

Die Gebühr für ein Ortsgespräch von einer Teilnehmerstelle oder einer öffentlichen Sprechstelle aus beträgt seit 5. November 7500 Millionen Mark...

Für ein Ferngespräch von nicht mehr als drei Minuten Dauer werden erhoben bei einer Entfernung bis zu 5 km einchl. 7500 Millionen Mark...

Table with 2 columns: Category (e.g., Vortagsmeldung, Ausfunftgebühr) and Amount (e.g., 7500 Mio. M., 7500).

Schlüsselzahlen des 8. November.

Table with 2 columns: Category (e.g., Badischer Einzelhandel, Karlsruher Leuzerngasahl) and Value (e.g., 150, 103 988 654 924.16).

Wertbeständiges Industrie- und Handelsgeld für Mittelbaden.

Die Handelskammer Karlsruhe teilt uns mit: Die aerrikteten Währungsverhältnisse haben es erforderlich gemacht, daß Böhmische und Gehälter mensianens für einen Teil auf wertbeständiger Grundlage ausbezahlt werden...

Frankfurter Kursnotierungen:

Large table with multiple columns showing stock market prices for various companies and categories like Deutsche Staatspapiere, Industrie, Fremde Werte, and Banken.

Advertisement for Dr. Max Rosenberg, a medical doctor, located at 63. Lebensjahr infolge eines Herzschlages sanft entschlafen.

Advertisement for Danksagung (Thanksgiving) from Frau Rabbiner Dr. Schiffer and Kinder.

Advertisement for Danksagung (Thanksgiving) from Familie Schiecher.

Advertisement for Trauerbriefe (Funeral notices) from Tagblatt-Druckerei.

Advertisement for Stellen-Gesuche (Job openings) for a 20-year-old woman.

Advertisement for Gänselebern (Goose liver) by Hermann Gengenbach.

Advertisement for Gänselebern (Goose liver) by K. Moser.

Advertisement for Preise für Einheitsbrot (Bread prices) for November 1923.

Advertisement for Allgemeine Ortskrankenkasse Karlsruhe (General Health Insurance).

Advertisement for Alpenverein - Skiklub Karlsruhe (Alpine Club).

Advertisement for Gesellschaft Eintracht (e. V.) (Society).

Advertisement for Richard-Wagner-Abend (Richard Wagner Evening).

Advertisement for Agnes und Willy Zilken (Agnes and Willy Zilken).

Advertisement for Agnes und Willy Zilken (Agnes and Willy Zilken).

Advertisement for Agnes und Willy Zilken (Agnes and Willy Zilken).

Advertisement for Agnes und Willy Zilken (Agnes and Willy Zilken).

Advertisement for Agnes und Willy Zilken (Agnes and Willy Zilken).

Advertisement for Agnes und Willy Zilken (Agnes and Willy Zilken).

Advertisement for Agnes und Willy Zilken (Agnes and Willy Zilken).

Advertisement for Agnes und Willy Zilken (Agnes and Willy Zilken).

Advertisement for Agnes und Willy Zilken (Agnes and Willy Zilken).

Advertisement for Gute Speiseöle (Good cooking oils) from the first Karlsruhe oil central.

Advertisement for Stellengesuche (Job openings) from the Karlsruhe Tagblatt.

Advertisement for Badische Lichtspiele (Baden-Light Shows) at the concert hall.

Advertisement for Badisches Landestheater (Baden State Theatre) on November 8th.

